

Freie und Hansestadt Hamburg  
 Baubehörde  
 Landesplanungsamt  
 Stadthausbrücke 8, 2 Hamburg 36  
 Ruf


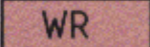
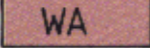

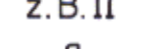

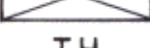



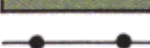

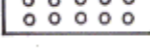
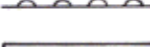

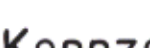
Nr. 24224

Archiv

Verordnung siehe Rückseite

## Bebauungsplan Altona-Nord 6

### Festsetzungen

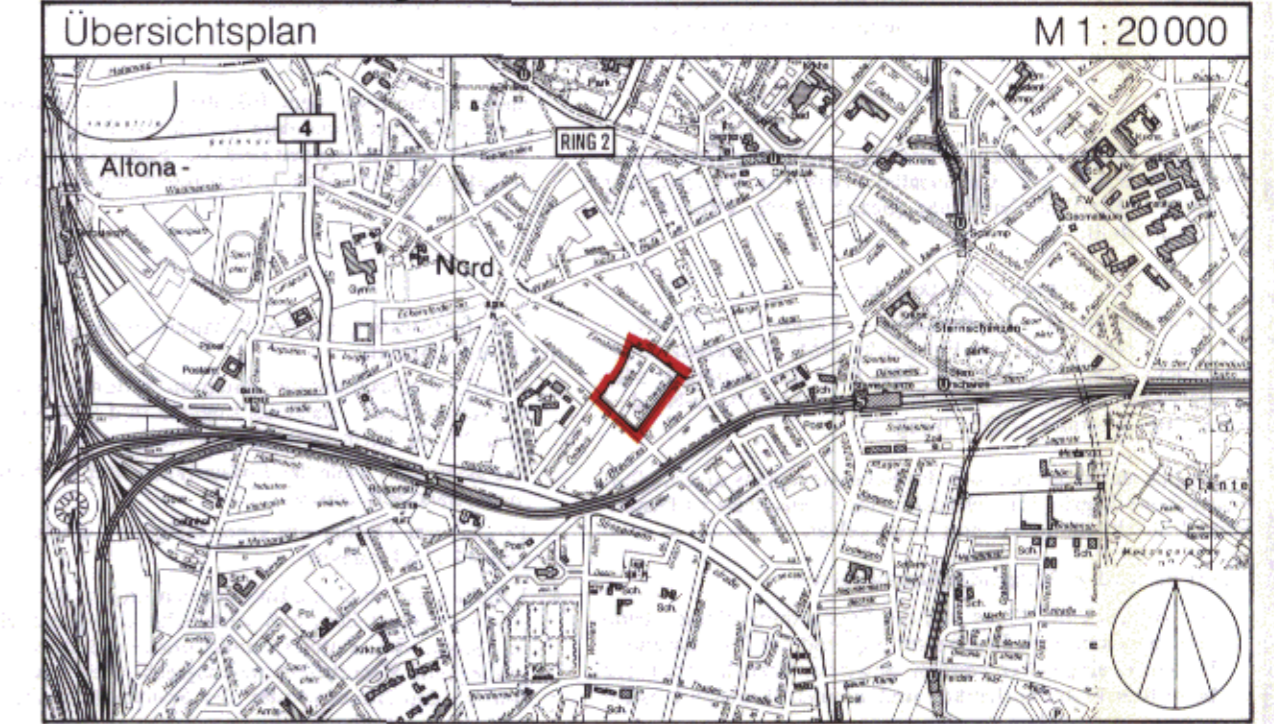
-  Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
-  WR Reines Wohngebiet
-  WA Allgemeines Wohngebiet
- z.B. II g Zahl der Vollgeschosse, als Höchstgrenze
-  Geschlossene Bauweise
-  Baugrenze
-  Durchgang, Durchfahrt
-  TH Traufhöhe, als Höchstgrenze
-  Fläche für den Gemeinbedarf
-  Straßenverkehrsfläche
-  Straßenbegrenzungslinie
-  Grünfläche
-  Abgrenzung unterschiedlicher Festsetzungen
-  LH mind Lichte Höhe, als Mindestgrenze
-  Umgrenzung der Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
-  Wandbegrünung
-  Umgrenzung der Fläche für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern

### Kennzeichnung


-  Vorhandene Gebäude

### Hinweise

Maßgebend ist die Baunutzungsverordnung in der Fassung vom 15. September 1977 mit der Änderung vom 19. Dezember 1986 (Bundesgesetzblatt I 1977 Seite 1764, 1986 Seite 2665)  
 Längenmaße und Höhenangaben in Metern  
 Der Kartenausschnitt (Katasterkarte) entspricht für den Geltungsbereich des Bebauungsplans dem Stand vom Januar 1989



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

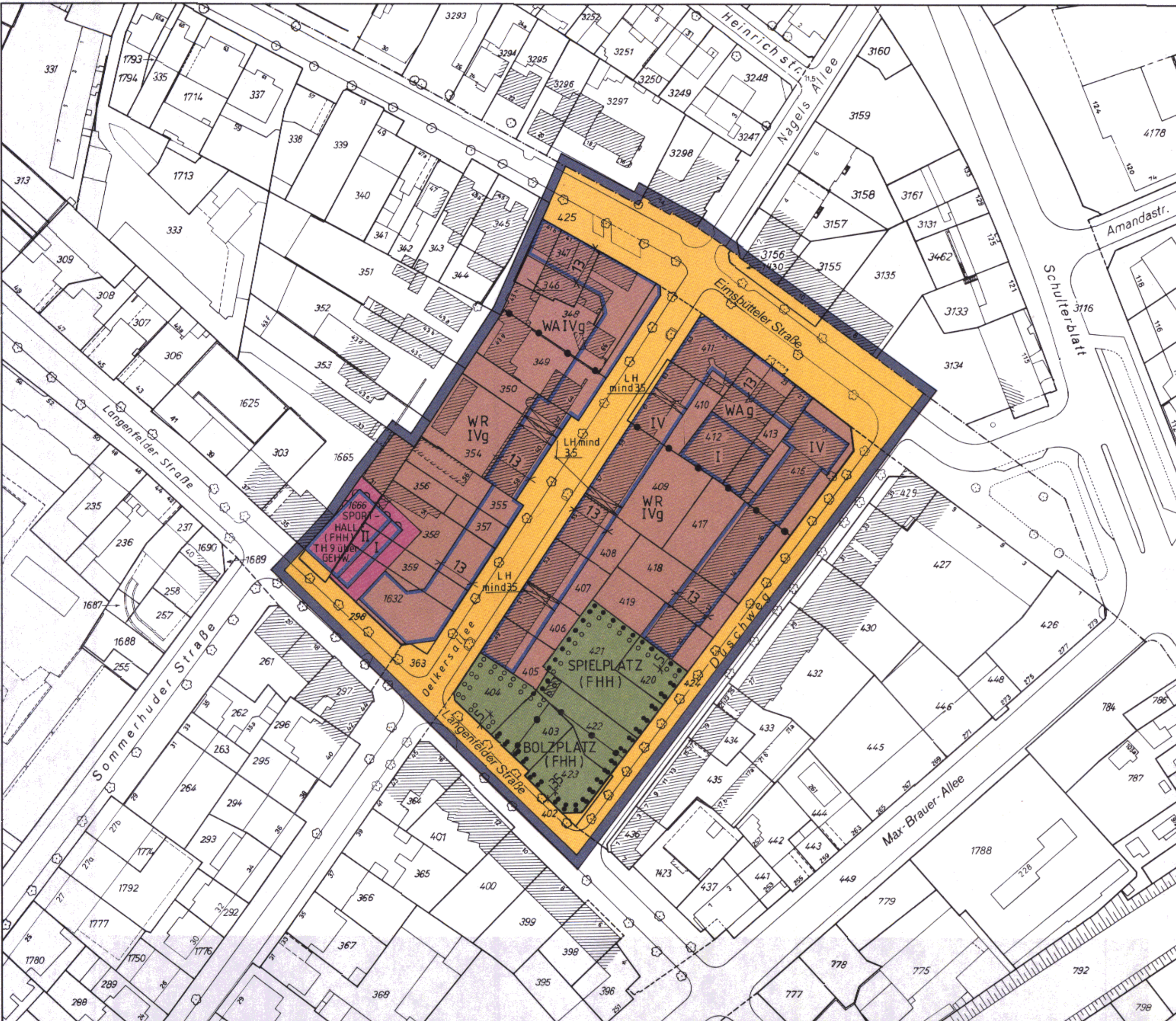


## Bebauungsplan

### Altona-Nord 6

Maßstab 1: 1000

Bezirk Altona Ortsteil 208





# HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

## TEIL I

Nr. 6	MONTAG, DEN 18. FEBRUAR	1991
Tag	Inhalt	Seite
5. 2. 1991	Verordnung über den Bebauungsplan Altona-Nord 6 .....	45
5. 2. 1991	Zwölfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieher	46

### Verordnung

#### über den Bebauungsplan Altona-Nord 6

Vom 5. Februar 1991

Auf Grund von § 10 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 8. Dezember 1986 (Bundesgesetzblatt I Seite 2254), zuletzt geändert am 23. September 1990 (Bundesgesetzblatt II Seiten 885, 1122), in Verbindung mit § 3 Absatz 1 und § 5 des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung in der Fassung vom 4. April 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89), zuletzt geändert am 21. Dezember 1990 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 283), des § 81 Absatz 1 Nummer 5 der Hamburgischen Bauordnung vom 1. Juli 1986 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 183), zuletzt geändert am 4. Dezember 1990 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 235) sowie des § 6 Absätze 4 und 5 des Hamburgischen Naturschutzgesetzes vom 2. Juli 1981 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167), zuletzt geändert am 21. Dezember 1990 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 283) wird verordnet:

#### § 1

(1) Der Bebauungsplan Altona-Nord 6 für den Geltungsbe-  
reich beiderseits der Oelkersallee zwischen Langenfelder  
Straße und Eimsbütteler Straße (Bezirk Altona, Ortsteil 208)  
wird festgestellt.

Das Gebiet wird wie folgt begrenzt:

Langenfelder Straße — Oelkersallee — Langenfelder Straße —  
West- und Nordgrenze des Flurstücks 1666, Westgrenzen der  
Flurstücke 355, 354, 350 und 349, über das Flurstück 348,  
Westgrenze des Flurstücks 346 der Gemarkung Altona-Nord —  
Eimsbütteler Straße — Duschweg.

(2) Das maßgebliche Stück des Bebauungsplans und die ihm  
beigegebene Begründung werden beim Staatsarchiv zu kosten-  
freier Einsicht für jedermann niedergelegt.

(3) Es wird auf folgendes hingewiesen:

1. Ein Abdruck des Plans und die Begründung können beim  
örtlich zuständigen Bezirksamt während der Dienststunden  
kostenfrei eingesehen werden. Soweit zusätzliche Abdrucke  
beim Bezirksamt vorhanden sind, können sie gegen Kosten-  
erstattung erworben werden.
2. Wenn die in den §§ 39 bis 42 des Baugesetzbuchs bezeich-  
neten Vermögensnachteile eingetreten sind, kann ein Ent-  
schädigungsberechtigter Entschädigung verlangen. Er kann  
die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, daß er  
die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Ent-  
schädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsan-  
spruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach  
Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in Satz 1 bezeichne-  
ten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des  
Anspruchs herbeigeführt wird.

## 3. Unbeachtlich sind

a) eine Verletzung der in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 2 des Baugesetzbuchs bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und

b) Mängel der Abwägung,

wenn sie nicht in den Fällen des Buchstabens a innerhalb eines Jahres, in den Fällen des Buchstabens b innerhalb von sieben Jahren seit dem Inkrafttreten des Bebauungsplans schriftlich gegenüber dem örtlich zuständigen Bezirksamt geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

## § 2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Vorschriften:

1. Eine Überschreitung der Baugrenzen durch Treppenhausvorbauten, Erker, Balkone, Loggien und Sichtschutzwände kann bis zu 1,5 m zugelassen werden.
2. Die sichtbaren Teile der Außenwände sind in rotem Ziegelmauerwerk auszuführen.
3. Es sind nur Dächer mit einer Neigung zwischen 30 Grad und 45 Grad zulässig.

4. Belichtungs- und Lüftungseinrichtungen der Sporthalle sind so herzustellen, daß schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die umliegende Wohnbebauung ausgeschlossen sind; weiterhin sind an den Außenwänden der Sporthalle bauliche Lärmschutzmaßnahmen vorzusehen.

5. Die festgesetzte Wandbegrünung an der Sporthalle ist mit Schling- oder Kletterpflanzen vorzunehmen; je 2 m Wandlänge ist mindestens eine Pflanze zu verwenden.

6. Für die nach der Planzeichnung zu erhaltenden Bäume und Sträucher sind bei Abgang Ersatzpflanzungen mit einheimischen Gehölzen vorzunehmen. Außerhalb von öffentlichen Verkehrsflächen sind Geländeaufhöhungen und Abgrabungen im Kronenbereich dieser Bäume unzulässig.

7. Für Baum- und Strauchpflanzungen auf der Spielplatzfläche sind einheimische Arten zu verwenden. Großkronige Bäume müssen einen Stammumfang von mindestens 16 cm in 1 m Höhe über dem Erdboden aufweisen.

## § 3

Für das Plangebiet werden die bisher bestehenden Bebauungspläne aufgehoben.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 5. Februar 1991.

### Zwölfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieher

Vom 5. Februar 1991

Auf Grund von § 49 Absatz 3 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung vom 21. Februar 1989 (Bundesgesetzblatt I Seite 262) wird verordnet:

## § 1

Die Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieher vom 19. Dezember 1978 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 425), zuletzt geändert am 27. Februar 1990 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 44), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:  
„Der Gebührenanteil wird für das Kalenderjahr 1990 auf 57 vom Hundert festgesetzt.“
2. § 3 Absatz 2 Satz 1 erster Halbsatz erhält folgende Fassung:  
„Der Höchstbetrag der einem Gerichtsvollzieher zustehenden Gebührenanteile beträgt im Kalenderjahr 1990 24 400 DM;“.

## § 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1990 in Kraft.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 5. Februar 1991.